

Zahl der Flüchtlinge steigt weiter

Donnerstag musste Geilenkirchen mit 30 weiteren Asylbewerbern rechnen, am Freitag bereits mit 62. Schulleiter sehen Probleme.

VON UDO STÜSSER

GEILENKIRCHEN Max Weiler (CDU) ist der festen Überzeugung, dass in der Ratssitzung am 3. Juli noch nicht über den Bau einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen (ZUE) abgestimmt wird. Er geht davon aus, dass aus der Bürgerschaft heraus ein Bürgerbegehren initiiert wird. Dies machte er am Donnerstagabend im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur deutlich.

Rat und Verwaltung beschäftigen sich derzeit mit drei Fragen: Soll eine ZUE bei Niederheid eingerichtet werden? Wie könnte das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen kurzfristig gelöst werden? Wie sieht eine langfristige Lösung aus?

Mit Alternativen beschäftigen

Zwei Stunden lang diskutierte der Ausschuss über Lösungsmöglichkeiten, damit die Verwaltung weiter planen kann. „Wir müssen uns mit Alternativen beschäftigen, denn auch wenn die ZUE kommt, gibt uns das nur einen Aufschub von eineinhalb bis zwei Jahren“, sagte Weiler. Im September vergangenen Jahres habe die Verwaltung Pläne für einen Neubau einer Flüchtlingsunterkunft An der Friedensburg vorgestellt, mit Kosten in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro.

Die CDU habe schließlich zwei günstigere Varianten vorgeschlagen: eine Holzbauweise, die drei Millionen Euro kosten würde, und eine 2,2 Millionen Euro teure Containerlösung. Jetzt habe die CDU ein weiteres Angebot: eine Unterkunft in Holzmodulbauweise zum Preis von rund 2,3 Millionen Euro. Pläne man Photovoltaikanlage und Dachbegrünung ein, würde diese Baumaßnahme gefördert. „Das sollten wir uns angucken“, schlug er vor.

„Es geht nicht nur darum, was wir langfristig tun. Wir sehen die Gefahr, kurzfristige Lösungen schaffen zu müssen. Was wäre eine Zwischenlösung für uns?“, fragte Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld. Man könne Men-



„Kinder und Jugendliche haben lange keinen Sport gemacht. Wir sehen heute noch jeden Tag die Folgen“, warnte Gesamtschulleiter Hans Bruckschen davor, Flüchtlinge in Sporthallen unterzubringen.

FOTO: ANNE SCHRÖER

schen nicht zumuten, monatelang in einer Turnhalle zu leben. Deshalb müsse man prüfen, ob es geeignete städtische Grundstücke für das Aufstellen von Containern gibt.

Auch die Integrationsbeauftragte der Stadt, Yvonne Wolf, sagte: „Flüchtlinge können wir nur kurzfristig in Turnhallen unterbringen. Da sträuben sich mir die Nackenhaare. Wir haben es zehn Jahre geschafft, keine Turnhallen belegen zu müssen, auch wenn wir immer einen Schritt vor dem Totalkollaps standen. Jetzt stößt die dezentrale Unterbringung an ihre Grenzen.“ 30 Personen müsse die Stadt Geilenkirchen noch aufnehmen, allerdings habe sie derzeit nur 20 freie Plätze. Das war der Stand von

Donnerstagabend, am Freitag wurde die Zahl von 30 auf nun 62 aufzunehmende Asylbewerber hochgestuft.

Es gehe nicht alleine um Unterbringung und Versorgung, erklärte Daniel Bani-Shoraka (Grüne). Kitas und Schulen seien auch Themen.

„Was bedeutet es, wenn wir 350 Flüchtlinge, davon etwa 70 Kinder, aufnehmen müssen, falls die ZUE nicht gebaut wird?“

Auf diese Frage gaben die Schulleiter, die beratend zu den Sitzungen eingeladen werden, Antwort. Jürgen Pallaske, Leiter des Bischöflichen

Gymnasiums St. Ursula, erklärte: „Wir sehen es als unsere gesellschaftliche Aufgabe an, Flüchtlingskinder aufzunehmen. Wir werden aber schnell an unsere Grenzen kommen.“ Das Gymnasium habe großen Zulauf, sodass in den unteren Jahrgangsstufen jetzt schon oft 30 oder sogar 31 Kinder sitzen würden. Dazu kämen noch Anfragen von Nato-Offizieren und vom Kommunalen Integrationszentrum.

Es fehlen auch Räume

„Es fehlen nicht nur Lehrkräfte, uns fehlen auch die Räume“, sagte Sebastian Stasch, Leiter der Städtischen Realschule. Er bekomme wöchentlich Anfragen vom Kommunalen Integrationszentrum, die er nicht ablehnen könne. „Wir sind voll. Und es wird nicht gefragt, ob wir damit umgehen können. Wir müssen überlegen, wie wir damit umgehen.“

Hans Bruckschen, Leiter der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, warnte davor, Flüchtlinge in Turnhallen unterzubringen und erinnerte an die Zeit, in der die Corona-Pandemie herrschte: „Kinder und Jugendliche haben lange keinen Sport gemacht. Wir sehen heute noch jeden Tag die Folgen.“ Außerdem sei die spätere Instandsetzung der mit Flüchtlingen belegten Halle mit erheblichen Kosten verbunden.

Ähnlich sieht es in den Grundschulen aus: „Die Personal- und Raumsituation wird knapp“, sagte Melanie Candea, Leiterin der KGS Würm.

„Es graut mir davor, in einer Klasse 30 oder sogar noch mehr Kinder zu unterrichten. Dann findet keine Förderung mehr statt. Wir haben überhaupt nicht die Lehrerkapazitäten“, meinte Sina Färber, Leiterin der Gillrather Grundschule. Auch Ruth Bürgens von der KGS Geilenkirchen klagte über Lehrermangel: „Eine Beschulung in einer ZUE würde uns helfen.“ Dass es in den Kitas nicht besser aussieht, sagte Jugendamtsleiter Hermann-Josef Lehnen: „Wir müssen noch 140 Kinder unterbringen. Durch Asylbewerber, die wir versorgen müssen, wird die Dramatik noch verstärkt.“

Michael Trunkhardt gab als Geschäftsführer des Stadtverbandes Geilenkirchen eine Stellungnahme ab: Er sehe mit Sorge, dass eine Schließung von Sporthallen drohe. Von den 6500 dem Stadtverband angeschlossenen Mitgliedern seien etwa 50 Prozent auf eine Halle angewiesen. In Corona-Zeiten seien 850 Mitglieder ausgetreten, davon 80 Prozent Kinder und Jugendliche, warnte er vor einer erneuten Hallenschließung.

Nachdem die Betroffenen zu Wort gekommen waren, forderte Ruth Thelen: „Jetzt erwarte ich von der CDU und der Bürgerliste Alternativen.“

An diesem Abend wolle sie nicht über die ZUE diskutieren, wandte Daniela Ritzerfeld ein. Sie habe sich die Sporthallen angeschaut. Die Linder Sporthalle stehe nicht an einer Schule und biete ausreichend Platz für die weitere Infrastruktur für die

Versorgung der Flüchtlinge. „In Lindern steht die kleinste Halle. Die wäre schnell voll“, wandte Ausschussvorsitzender Jürgen Benden (Grüne) ein. Christina Hennen (Bürgerliste) schlug vor, wie in Heinsberg, Erkelenz und Hückelhoven die Betreuung der Flüchtlinge in Containeranlagen dem Deutschen Roten Kreuz zu übertragen. „Wo haben wir die Fläche dafür? An der Friedensburg?“, fragte Ritzerfeld.

Bereits Zeit verloren

Egal wie man sich entscheide, sei es mit Kosten verbunden. „Deshalb sollten wir alle möglichen Varianten nebeneinander stellen und uns entscheiden“, schlug sie vor und sprach sich für eine Sondersitzung des Ausschusses aus. „Wir haben bereits Zeit verloren. Wir müssen uns intensiv um die weitere Unterbringung von geflüchteten Menschen kümmern. Wir müssen es jetzt anpacken“, sagte Melanie Savelsberg, sachkundige Bürgerin der Bürgerliste, worauf Beigeordneter Herbert Brunen antwortete: „Diese Worte habe ich bereits vor sechs Monaten gesagt.“ Manfred Peschen, sachkundiger Bürger der CDU, erinnerte an Vorschläge seiner Fraktion, das Hochhaus des Finanzamtes oder das Euro-Service-Center Geilenkirchen zu nutzen. Beide Häuser seien nicht mehr nutzbar, entgegnete Ritzerfeld. „Ich sehe die Lösung nicht“, sagte Conny Banzet (SPD) nach zweistündiger Diskussion. Jetzt wird weiter beraten.